

DEUTSCHLAND

BONN

CHRUSCHTSCHOW-BESUCH

Kampf den Mongolen

Ludwig Erhards Bürochef Ludger Westrick verbeugte sich knapp. Nikita Chruschtschows Schwiegersohn Alexej Adschubej stipte seine Zigarette in den Aschenbecher.

Vor der Tür zum Kanzlerzimmer im Bonner Palais Schaumburg repetierte Westrick mit Adschubej die Regieanweisungen: „Können wir kurz einmal den Verlauf des Gesprächs durchgehen? Herr Außenminister Schröder wird zugegen sein und ich auch...“

Der Privatgesandte des Sowjetpremiers war am Ziel seiner Deutschlandfahrt, die er auf Einladung dreier der CDU nächstehender Tageszeitungen angetreten hatte. Ein Kästchen aus Ebenholz als Gastgeschenk in der Hand, eine Botschaft seines Schwiegervaters in der Tasche, so schritt der Russe auf den deutschen Kanzler zu.

90 Minuten später, am Dienstagvormittag letzter Woche, schied der Gast aus Moskau mit einer ansehnlichen Gengabe: Einem Freifahrtschein für die Reise Chruschtschows an den deutschen Rhein.

Chinesenfurcht und Unruhe im Satellitenreich haben den Sowjets diese Einladung nach Bonn höchst begehrnt gemacht.

Unter dem fernöstlichen Druck und angesichts der französischen Kumpanei mit den abtrünnigen Genossen in Peking und auf dem Balkan suchen die Russen die Westflanke ihres Imperiums zu sichern und besinnen sich dabei auf ihre abendländische Abstammung.

Unter vier Augen mit Erhard beschwor Kommunist Adschubej die europäischen Verdienste russischer Zaren: „Vierhundert Jahre lang haben wir Europa gegen die Mongolen verteidigt.“

Beredt pries der gelernte Schauspieler Adschubej dem Kanzler der christlichen Bonner Republik den Sowjetschutz vor der gelben Gefahr: „Das ist unsere historische Aufgabe. Amerika versteht uns.“

Mit solchen Thesen unterbaute der reisende Schwiegersohn die Bedeutung, die ein Treffen Chruschtschow-Erhard haben würde. Der Kanzler erwiderte, auch er sei einem Gespräch nicht abgeneigt.

Tatsächlich hatte Ludwig Erhard seit seinem Einzug ins Palais Schaumburg im Oktober vergangenen Jahres sich neben einer Europa-Initiative auch vorgenommen, das deutsch-sowjetische Verhältnis zu verbessern. Vertraute Besucher fragte er bereits in seinen ersten Kanzler-Amtswochen, ob er nach den Einstandsvisiten bei den westlichen

Freunden nicht auch zur Vorstellung nach Moskau fahren solle.

Im März dieses Jahres, auf dem CDU-Parteitag in Hannover, offenbarte Erhard erstmals öffentlich, daß er solche Pläne hege.

Sofort erhoben die Ostpolitiker im Bonner Außenamt Einwände. Einer Moskau-Reise des Kanzlers stünden sowohl protokollarische wie psychologische Bedenken entgegen:

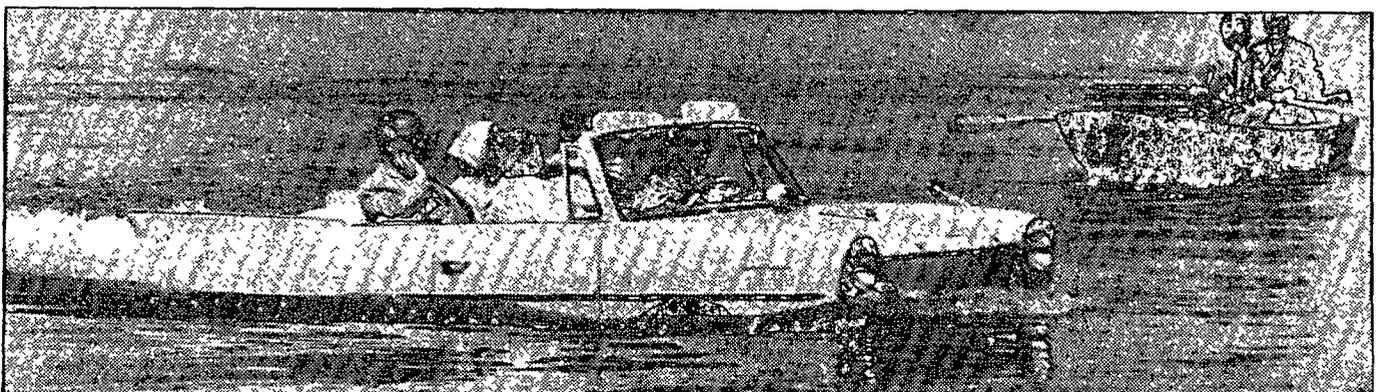
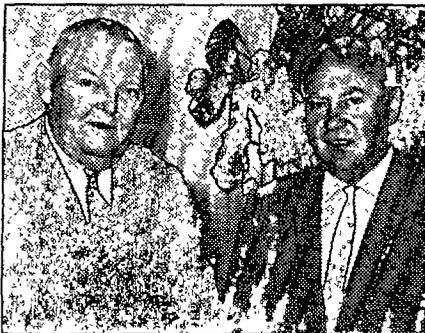
▷ Nach dem Besuch Adenauers in Moskau im Jahre 1955 könne nicht wiederum ein deutscher Regierungschef in die Sowjethauptstadt fahren, bevor ein sowjetischer Ministerpräsident in Bonn zur Gegenseite erschienen sei;

▷ für den Kanzler sei das Risiko unzumutbar, von einer solchen Reise mit leeren Händen zurückzukehren, was aber nach Lage der Dinge mit Sicherheit zu erwarten sei.

Das AA plädierte dafür, im Falle deutsch-sowjetischer Kontakte auf höchster Ebene allein eine Einladung Chruschtschows nach Bonn vorzusehen. Dann sei den Regeln des Protokolls Genüge getan und das wahrscheinlich magerere Gesprächsergebnis halbwegs kaschiert durch das Erscheinen eines so bedeutenden Staatsgastes auf dem Boden der Bundesrepublik.

Außenminister Schröder trug dem Kanzler die Empfehlung des Auswärtigen Amtes vor und riet dringend, sie zu befolgen. Der skeptische Minister beurteilte den Nutzen eines deutsch-sowjetischen Gipfeltreffens ohnehin erheblich pessimistischer als der kontaktfreudige Erhard.

In München bemühte sich Schröder Anfang April, das Thema vor Journalisten herunterzuspielen: Wenn man die unterkühlte Atmosphäre erwärmen wolle, dann müßten in Bonn und Moskau nicht unbedingt gleich die Regierungschefs zu Besuchsfahrten aufbrechen; zum Beispiel sei der Einladung



Polit-Tourist Adschubej mit Kanzler, mit Bayern, im Schwimmbogen auf dem Ammersee: „Nur Deutsche und Russen können weinen“

des obersten Sowjets an das Bundestagspräsidium noch immer nicht Folge geleistet.

Schröder hatte auch innenpolitische Gründe, in dieser Frage vorsichtig zu taktieren. Denn alsbald hatten seine Gegner aus dem Kreis Adenauer-Strauß-Krone lautstarke Warnrufe ausgestoßen: Jeder deutsch-sowjetische Separat-Kontakt berge die Gefahr, daß die Viermächte-Verantwortung für Deutschland ausgehöhlt werde; womöglich würden das die Amerikaner und Engländer gar nicht ungerne sehen, weil auf diese Weise ihr Engagement in der deutschen Frage abgebaut würde.

Belastet wurde die Position Erhards und Schröders zusätzlich durch die scharfe antideutsche Erklärung, die von der sowjetischen Nachrichtenagentur „Tass“ kurz vorher veröffentlicht worden war. Trotzdem wagte Schröder es, auf der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in München zu erklären, die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien durchaus normal, man dürfe sich durch schrille Töne nicht schrecken lassen. Inzwischen hatten die Sowjets nämlich durchblicken lassen, die „Tass“-Erklärung sei nicht so ernst zu nehmen und vornehmlich für den innerkommunistischen Gebrauch bestimmt.

Zwei Wochen später empfing Erhard — obwohl inzwischen auch noch die Schließung des Moskauer dpa-Büros hinzugekommen war — gegen den Rat aus den Reihen des harten rechten CDU-Flügels einige durch Deutschland reisende Sowjetjournalisten in Badenweiler und sagte auch ihnen — wie zuvor in mehreren Interviews —, die Beziehungen Bonn-Moskau müßten verbessert werden; man dürfe zeitbedingte Ereignisse nicht dramatisieren.

Seit seinem Besuch bei Präsident Johnson zu Weihnachten in Texas wußte Erhard, daß die Amerikaner im Interesse ihrer Entspannungspolitik dringend eine Auflockerung des verhärteten Verhältnisses Bonn-Moskau wünschen. Der Kanzler arbeitete deshalb darauf hin, bei seiner zweiten Reise zu Johnson eine Gabe für diese Wunschliste zur Hand zu haben.

Einen Ansatzpunkt lieferten die Sowjets selbst. Kurz nach der schroffen öffentlichen „Tass“-Erklärung brachte Sowjetbotschafter Smirnow — aus dem Heimaturlaub nach Bonn zurückgekehrt — intern für den Kanzler ein Papier mit (formlose Aufzeichnung über Anweisungen, die Chruschtschow dem Botschafter erteilt hatte), das zwar in der Sache unverändert hart die sowjetischen Thesen zur Deutschland-Frage wiederholte, in der Form dagegen sich wohlthuend vom „Tass“-Pamphlet unterschied.

Erhard damals: „Tass' laste ich nicht dem Botschafter an.“

Auch Vizekanzler Erich Mende hatte während dieser Kontaktzeit seine politische und gesellschaftliche Aktivität für das Zustandekommen eines deutsch-russischen Gipfeltreffens eingesetzt. Der FDP-Chef nutzte dabei die langjährige Bekanntschaft der Ehepaare Mende und Smirnow.

Bis Ende Mai war im AA eine Antwort auf das Smirnow-Papier fertiggestellt. Sie legte — ebenfalls unverändert — von neuem den bekannten Bonner Standpunkt dar. Zusätzlich erhielt der deutsche Moskauer-Botschafter Horst Groepper jedoch die Weisung, bei der

Überreichung des Papiers an Chruschtschow mündlich hinzuzufügen, der Bundeskanzler sei bereit, den sowjetischen Ministerpräsidenten nach Bonn einzuladen, „falls dieser irgendein Gesprächsthema sieht, das der Erörterung oder eines Gedankenaustausches wert ist“.

Groepper bat sofort um einen Termin bei Chruschtschow. Erhard wollte bei seinem Washington-Besuch über seine Offerte an Chruschtschow berichten. Die Übermittlung an Chruschtschow verzögerte sich, weil zu dieser Zeit in Moskau die Verhandlungen über den Freundschaftsvertrag DDR-Sowjet-Union liefen. Erst einen Tag nach dessen Unterzeichnung — am 13. Juni, Erhards letztem Besuchstag in Washington — wurde Groepper von Chruschtschow empfangen.

Abends zuvor hatte Schröder den Botschafter im Auftrage des Kanzlers von Washington aus angewiesen, Papier und mündlichen Zusatz trotz der Moskauer

Im letzten Absatz steht dann, daß gerade wegen der kontroversen Standpunkte Bonns und Moskaus in vielen Fragen der sowjetische Ministerpräsident einen persönlichen Meinungsaustausch mit dem Bundeskanzler für nützlich halte. Als Gesprächsthemen für dieses Zusammentreffen schlug Smirnow vor:

- ▷ Verstärkung des Handels;
- ▷ westdeutsche Kredite für die sowjetische Industrie;
- ▷ die Frage eines Kulturabkommens;
- ▷ eine Vereinbarung über einen Termin der seit zwei Jahren geplanten deutschen Industrieausstellung in Moskau.

Erhard antwortete daraufhin am folgenden Tag auf die Frage Adschubejs, ob das Einladungsangebot von Mitte Juni „wörtlich gemeint“ sei, einem Besuch Chruschtschows in Bonn stehe nichts im Wege, falls vorher Einigung darüber erzielt werde, daß ohne Vorbedingungen gesprochen werden könne, das heißt: über einen unbeschränkten Themenkreis ohne Ausklammerung der Berlin- und Deutschlandfrage.

Am Donnerstag telephonierte Adschubej darüber von München aus mit seinem Schwiegervater und wurde von Chruschtschow gebeten, so schnell wie möglich heimzukehren.

Als Motive für Chruschtschows starkes Interesse an einem Bonn-Besuch (noch im April wurden solche Reisepläne in Moskau offiziell in Abrede gestellt) nennen die Ostexperten des Bonner AA in ihren Analysen.

- ▷ seine angeborene Neugier und Reiselust (schon vor Jahren sagte er zum damaligen Botschafter Kroll: „Ich möchte gern mal an den Rhein“);
- ▷ seine Absicht, zu demonstrieren, daß Moskau normale Beziehungen zu „beiden deutschen Staaten“ unterhält, und so den Status quo zu festigen (im AA wird durchaus damit gerechnet, daß Chruschtschow nach Ende des Bonn-Besuchs von Wahn nach Schönefeld zu Ulbricht fliegt);
- ▷ seinen Wunsch, den Amerikanern Entspannungsbereitschaft vorzuführen, andererseits aber auch im Westen das Rapallo-Gespenst zu wecken;
- ▷ seine Befürchtung, de Gaulle könne es doch noch gelingen, Bonn an die französische China-Politik zu binden.

Das chinesische Thema beherrschte alle Gespräche Adschubejs in Bonn. Während er sich bei anderen Fragen oft mit dünnen Witzeleien der Diskussion entzog, blieb er ernst bei der Sache, wenn die Sprache auf China kam.

Bei den Ausführungen Adschubejs über China war der russische Dolmetscher stets bemüht, die Formulierungen



Adschubej-bye: „... fliegt eine weiße Taube von hier zurück!“

Vertragsunterzeichnung zu übermitteln und lediglich eine kurze, sachliche Stellungnahme zum Moskauer Vertrag anzufügen.

Danach wurde im Zentral-Komitee der KPdSU in langen Diskussionen darüber beraten, ob nach diesem Stand der Entwicklung Adschubej die Einladung der deutschen Zeitungen annehmen sollte, die seit längerem vorlag.

Das ZK billigte Adschubejs Westdeutschland-Reise, nachdem Smirnow in Bonn zweimal wegen eines Termins für Adschubej bei Erhard vorgefühlt hatte und ein Termin zugesagt war.

Am Tage vor dem Empfang Adschubejs im Palais Schaumburg schließlich überreichte Smirnow — zur Introdution und amtlichen Aufwertung des privat reisenden Chruschtschow-Schwiegersonns — dem Kanzler eine schriftliche Antwort auf das Groepper-Papier.

In diesem Sowjet-Memo wird eine Regelung der Deutschlandfrage erneut auf Bonn und Pankow abgeschoben. Der deutsche Kanzler wird aufgefordert, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten einzutreten. Auch werden Vorwürfe wegen der Behandlung des Bolschoi-Balletts erhoben.

des deutschen Dolmetschers bei der Übersetzung — wo immer möglich — zu verschärfen.

Adschubej sprach von der „mongolischen Gefahr“, von „drohenden Grenzfragen“, die Rußland sich „nicht mehr lange tatenlos ansehen“ könne. Er erinnerte sogar an die Schlacht bei Liegnitz von 1241* und die damalige „Retzung des Abendlandes“.

Den Deutschen machte Chruschtschows Schwiegersohn zahlreiche Komplimente: „Es gibt nur noch zwei Völker in Europa, die weinen können: Ihr Deutschen und wir Russen. Wir Russen sind die einzigen, die Euch Deutsche verstehen. Euer Verhältnis zu den Angelsachsen ist doch ganz unnatürlich, die haben keine Seele.“

Hinweise deutscher Gesprächspartner, mit einem Mann wie Ulbricht könne man doch unmöglich sprechen, beantwortete Adschubej mit der Feststellung, Ulbricht werde nicht mehr lange leben, er leide an Krebs.

Die unkonventionelle Art des „Iswestija“-Chefredakteurs verfehlte ihren

TELEPHON-GEBÜHREN

Heißer Draht

(siehe Titelbild)

Nachdem Zonen-Vogt Ulbricht die Mauer gebaut hatte, tagte der Deutsche Bundestag zum erstenmal in außerordentlicher Feriensitzung. Als Postminister Stücklen das Telephonieren teurer machte, geschah es zum anderen Mal. Und die Leidenschaft war noch größer. Sie drohte, soziale von demokratischen Christen zu scheiden, den Postminister Stücklen von seinem Parteichef Strauß, den Volkskanzler Erhard von seinem Volk.

Aber am Ende hatten nur vier FDP-Minister nicht mit ihrer Fraktion gestimmt — oder umgekehrt, das blieb unklar. Und das Telephonieren wurde teurer, wie es Stücklen und Erhard gewollt hatten.

Die vordergründigen Ursachen des Geschehens, das die Nation bewegte, waren simpel: Die chronische Finanzmisere der deutschen Bundespost (siehe

der Heimtelefone größer; viele von ihnen werden auch gewerblich benutzt und erscheinen deshalb in der Statistik nicht als Privatanschlüsse.

Rund 350 000 Bundesbürger warten ungeduldig darauf, an Stücklens Wunderleitung Anschluß zu finden. Sie müssen Fristen von sechs bis neun Monaten in Kauf nehmen.

Wachsender Wohlstand hat diese telephonische Massenkonjunktur möglich gemacht. Der schwarze Apparat, oder der 35 Pfennig teurere begehrte weiße, er ist für Millionen zum wichtigsten Kommunikationsmittel und damit zum Heilmittel für die Gebrechen des vereinsamten Einzelnen in der Massengesellschaft geworden.

Richard Stücklen hätte ahnen können, mit welchem Elementartrieb er es aufnahm. Seit der bundesweiten Einführung des automatischen Selbstwählferndienstes ist die Zahl der Gespräche von 330 Millionen auf über anderthalb Milliarden pro Jahr angeschwollen. Allabendlich war Westdeutschlands Leitungsnetz rettungslos verstopft, wenn um 21 Uhr der billige Nachtтарif einsetzte. Bis zu 25mal, so ermittelten Stücklens Tester, mußte gewartet werden, ehe die Verbindung zustande kam.

Regelmäßig zu Weihnachten und zu Neujahr brechen die Verbindungen auf Stunden völlig zusammen, ebenso bei politischen Schock-Ereignissen, wie etwa der Ermordung Kennedys.

Prominentes Opfer der neudeutschen Sprech-Manie wurde erst unlängst Stücklens Chef Ludwig Erhard. Als er am Vorabend der Bundespräsidentenwahl in Berlin ein Blitzgespräch mit Bonn führen wollte, gelang es nicht, den Kontakt zum Palais Schaumburg herzustellen.

Jahr für Jahr steigende Überschüsse (1963: 480 Millionen Mark nach den Bundesabgaben) flossen durch den langen Draht in die Postkasse. Der Minister, dessen Abschlüsse durch die Verluste anderer Sparten, vor allem aber durch die gesetzlich vorgeschriebene hohe Abgabe an den Bund, immer wieder ins Defizit rutschten, sah es mit Freuden.

Als sich zu Beginn dieses Jahres ein Gesamtdefizit der Post von 385 Millionen Mark ankündigte, Finanzminister Dahlgrün aber auf die Abgaben nicht verzichten wollte, entsann sich Stücklen des Telefons. Dort, so schien ihm, ließe sich noch mehr, etwa 800 Millionen Mark, herausholen.

Ursprünglich sollte zugleich das Briefporto erhöht werden. Doch dem versagte sich das Kabinett. Stücklens Postverwaltungsrat, der eine Porto-Erhöhung zugleich mit einer geringeren Telefon-Verteuerung vorschlug, erfuhr brieflich von Kanzler Erhard: „Ich halte diesen Vorschlag aus konjunkturpolitischen Gründen für sehr bedenklich.“

Bedenklich war auch, daß es immer noch mehr briefschreibende als telephonierende Wähler gibt. Das Kabinett beschloß deshalb am 15. Juli, nur die Telefongebühren, die dafür aber erklecklich, aufzustocken: 50 Prozent mehr Grundgebühr, 25 Prozent mehr für Stadtgespräche und bis zu 150 Prozent mehr für Ferngespräche im Nachtтарif.

Stücklen war in der Erwartung, daß sein Telefon-Coup kaum Widerstand finden werde, durch Hinweise seiner Statistiker bestärkt worden. Der Index der Lebenshaltungskosten werde bestimmt nicht klettern: In ihm sind nur



Bundestags-Redner Stücklen, Zuhörer: Begegnung mit dem Volkszorn

Eindruck nicht. Bei den Deutschen war er vorwiegend positiv, bei den sowjetischen Diplomaten in der Bundeshauptstadt meist negativ.

Eine besonders saure Miene trug Botschafter Smirnow zur Schau. Auf den zahlreichen Partys ließen die beiden Russen kaum eine Gelegenheit aus, gegeneinander zu sticheln.

Vor dem Mittagessen, das Botschafter Smirnow am Montagmittag letzter Woche in seiner Residenz, Villa Hentzen dem Bonn-Besucher gab, wurden bei brütender Hitze Gläser mit Apfelsaft und Eiswürfeln als Erfrischung gereicht. Whisky-Freund Adschubej deutete die Farbe des Getränks falsch und griff hastig nach einem Glas. Smirnow frotzelte: „Irrtum, Genosse Adschubej, das ist kein Whisky.“

* Aus Innerasien vorgedrungene Mongolen gaben nach einem verlustreichen Sieg über ein deutsch-polnisches Ritterheer den Plan auf, ganz Europa zu erobern.

Graphik Seite 26) und die Absicht der Regierung, im Wahljahr 1965 eine Steuersenkung zu verkünden, führten am 15. Juli zum Kabinettsbeschuß, der Post und damit dem Bund Mehreinnahmen durch erhöhte Telefongebühren zu verschaffen.

Die Bundesbürger verstanden ihren Maßhalter nicht mehr. Massenpresse und politische Parteien fachten den Sturm an, um sich auf der völkischen Entrüstungswoge zu bisher unbekannt Höhen emportragen zu lassen — allen voran der CSU-Anführer Franz-Josef Strauß, hinterdrein SPD und FDP. Die SPD ließ sogar eine Sondersitzung des Bundestages einberufen.

Tiefer aber, und von allen Akteuren erst mit Verspätung wahrgenommen, rumorte die eigentliche Triebkraft des Spektakels: der Fernsprechdrang der Bundesdeutschen.

Siebeneinhalb Millionen Apparate sind in Westdeutschland in Betrieb. 650 000 davon stehen laut Poststatistik in Privatwohnungen. In Wahrheit ist die Zahl